

Abo-
Jährlich: 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen.
Monatlich: 1 Thlr. 10 Ngr. in Dresden.
Klassische Nummern: 1 Ngr.

Bezirkspreis:

Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr.
Unter „Eingesandt“ die Zeile: 2 Ngr.

Ergebnisse:

Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
Abends für den folgenden Tag.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.

Zeitungsschau. (Der Würzburger Conventionsentwurf.)

Zugeschichte. Dresden: Kammerverhandlungen.

Wien: Ein neues österreichisches Urtheil.

Berlin: Erlass des Handelsministers bezüglich der Kompetenz-

konflikte.

Paris: Die Kaiserin nach Schottland

gereist. Eisenbahnanfall. Dementis.

Moskau: Errichtung eines Lager in Südrussland.

Thessaloniki: Die Konvention. Frieden mit China.

Neapel: Einzug Victor Emanuel's.

Rochester aus

Sizilien: Gatt's Meldung über den Kampf des 3.

Ros. — **Turin:** Die aus Romische Gebiet überge-
kroenen neapolitanischen Truppen. Conscriptio zum

Seiden-

Bologna: Aushebung. — **Ancona:**

Sardinische Geschütze eingeführt. Vermischtes.

Rom: General Gozon. Die Lage der Dinge. Königin

Christine. Die übergetretenen Neapolitaner. — **Lis-**

abon: Die Sitzungen der Regierung verlängert. — **Lon-**

don: Das Gefechtschiffswappen in Neapel. Festmahl.

Landtagsverhandlungen.

Erennungen, Verschegungen u. im öffentl. Dienste.

Dresdner Nachrichten.

Provinzialnachrichten. (Leipzig. Aben.)

Vermischtes.

Gesandtes.

Feuilleton. Tagesskalender. Justizate. Börsen-

nachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Plymouth. Donnerstag, 15. November. Morgen 8 Uhr. Soeben wird der "Hero" mit dem Bringen von Wales am Bord signalisiert. Der Dammer "Avon" hat die Rude verlassen, um sich dem "Hero" zuzugestellen.

London. Donnerstag, 15. November. Nachm. Der Prinz von Wales ist soeben glücklich in Plymouth eingetroffen.

Dresden, 16. November.

Die "Wochenschrift des Nationalvereins" heißt den Wortlaut der Vorschläge über die Bundeskriegsverfassung mit, über welche die in Würzburg vertretenen Regierungen von Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Hessen, Großherzogthum Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Nassau sich geeinigt haben und die demnächst durch Bayern den preußischen und österreichischen Regierung zur Begutachtung übermittelt werden sind. Vermuthungen über den Ursprung dieser "Entstehung" anzustellen, wäre müßig. Die "Römlische Zeitung" sprach ja schon vor einiger Zeit den wesentlichen Inhalt des Würzburger Entwurfs auf Grund "verständiger Berliner Nachrichten". Es bedauern hat dieselbe gewiss keine der dabei beteiligten Regierungen. Die den Tendenzen des Nationalvereins ergebene Presse heißt es natürlich, ihr verdonnendes Verdict über die Vorschläge der Convention auszusprechen. Mit welcher Ehrlichkeit und Gerechtigkeit dies geschieht, kann man aus einem Artikel der "National-Zeitung" entnehmen, in dem u. a. gesagt wird: "Das Preußen den Entwurf ablehnen, und verschreibt nur den schon jetzt unübersehbaren Stich der berüchtigten Bundesklausur vergrößern wird, ist natürlich bereits als feststehend zu be-

trachten. Die Frage ist, wie von dem Deutschen Bunde überhaupt noch geredet werden kann, wenn selbst die därfügsten Maßregeln fehlten, die darauf gerichtet sind, ihm eine andere Existenz als auf dem Papier zu verschaffen. Wie kann man noch von Bundespflichten sprechen, wo jedes Mittel, ihnen gerecht zu werden, einfach abgeschnitten wird? Wie kann man von Preußen die Beleidigung der österreichischen Südgrenzen verlangen, wenn jedem Kriege an der Seite solcher Südgrenzen von vornherein der Charakter eines Selbstmordvorfalles aufgeprägt ist? Wenn allen wirklichen Verhältnissen in solcher Weise im Angesicht geschlagen wird, so bleibt das ganze Bundesband nur noch eine leere Fiktion, deren Hohlheit der erste Anstoss länglich darthun muß. Anstatt sich weiter mit Anfertigung jener Wurzelatze zu beschäftigen, sollte Preußen eben erklären, daß es auf diesen ganzen militärischen Gebiet künftig nur noch nach den Gesetzen der Republik handeln werde." Wer braucht und nicht zu schweien, diese leidenschaftliche Abneigung über den Würzburger Conventionsentwurf mitzuhören, da eine ruhige Untersuchung des Inhalts desselben, sowie eine unabhangige Erörterung der Stellung, welche jener Entwurf als Verhandlungsmaterial inmitten der verschiedenen Anschauungen am Bunde über mehrere Hauptfragen der Revision der Bundeskriegsverfassung einkommt, klar machen müßten, daß nicht materielle Bedeutung des Gegenstandes, sondern nur voreingenommene politischer Parteiheit zu einem Urtheile von der Art des oben mitgetheilten führen können. Bekanntlich war es vor Alem die Frage wegen des Oberbefehls über die Bundesarmee, welche zu vielfachen differirenden Erörterungen zwischen den deutschen Regierungen und am Bunde Anlaß gab. Von Preußen wurde eine Zurechnung der Bundeskontingente an die deutschen Staaten an das Commando der beiden Großmächte in Vorschlag gebracht, also eine vollständige Theilung des Oberbefehls. Es sind darüber, ob ein solcher Vorschlag militärisch und politisch möglich sei oder nicht, die Meinungen manchermaßen ausgetauscht worden, ohne daß der preußische Vorschlag an Anhängern gewonnen hätte. Die zahlreichen Schriften, welche über diese Angelegenheit von den deutschen Regierungen ausgingen, zeigten, daß die Besichtigungen, welche in politischer wie militärischer Beziehung an eine ganz ähnlich ausgeprägte Theilung des Oberbefehls erinnern, klar machen müßten, daß nicht materielle Bedeutung des Gegenstandes, sondern nur voreingenommene politische Parteiheit zu einem Urtheile von der Art des oben mitgetheilten führen können. Sie zeigten, daß die wundermäßigen deutschen Staaten gern bereit waren, sich nach Wahrung ihrer militärischen Kraft in die Bundesarmee einzurichten, aber nur zu Gunsten und zum Helle des Ganzen, nicht um einen Stich durch die deutsche Gesamtmacht, den zu vermeiden sich die Politik der größten deutschen Staatenmutter seit Entstehung des Bundes zur Aufgabe gestellt hatte, drohender und gefährlicher zu machen. Und wenn von einer Presse, welche so gern bereit ist, die Motiven einer Politik zu verdächtigen, die ihren Parteidienstes nicht gelegen kommt, auch bei dieser Gelegenheit dem Mangel an Beifall, welchen der preußische Vorschlag bei den deutschen Regierungen hatte, als Beweisgrund untergeschoben wurde, die deutschen Mittelstaaten widerstreiten aus politischen Sondergründen einem dem ganzen deutschen Vaterlande zu bringenden Stich, so bleibt dem gegenüber die Thatfrage stehen, daß Preußen auch bei der andern deutschen Großmacht, der doch die Vortheile des preußischen Vorschlags in gleicher Weise wie Preußen zufallen sollten, Widerstand gegen den Antrag der Zweiteilung des Oberbefehls fand. Sonach schlägt es für die Annahme des preußischen Vorschlags an jeder Chance. Nichtsdestoweniger wurde von den abschließenden Seiten anerkannt, daß die Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung auch bezüglich des Oberbefehls einer weiteren Ausarbeitung bedürfen, da momentlich der Fall, daß die Bundesgrossmäkte mit ihrer gesammten Streitkraft an einer Bundeskriege Theil nähmen, nicht vorgesehen sei und somit eine präzise Bestimmung fehle, durch welche dem großen Nachgekämpften der beteiligten Staaten das erreicht werden soll, was die Großmächte in ihren einheitlich organisierten

fürchtig auch in Bezug auf die Kriegsführung zu Theil werden. In dieser Absicht bemühen sich nun die Mittelstaaten Vorschläge aufzustellen, von denen erwartet werden könnte, daß sie als den Interesse beider deutschen Großmächte entsprechend von diesen angenommen würden, daß sie innerer die Streitkraft Deutschlands unter einer den Ansprüchen der Großmächte gerecht werdenden militärisch-praktischen Oberleitung wohlhaft vereinigt halten und daß Deutschland vor dem Schiedsgericht bestreiten, seine kriegerische Kraft für die Particularinteressen einer der deutschen Großmächte zu vergeben. Der Würzburger Conventionsentwurf bestimmt dagegen, daß die deutschen Großmächte, wenn sie beide oder nur eine der selben mit gelämmten Heeresmacht an einem Bundeskriege Theil nehmen, durch Besiegung unter sich den obersten Vorschriften befolgen sollen. Nur in dem Falle, daß auf diese Weise keine Besiegung erfolgt, soll der Bund über die Vorschläge beider deutschen Großmächte zu einer einheitlichen Entscheidung entscheiden. Somit begeben sich die übrigen deutschen Staaten zu Gunsten der Besiegung der beiden Großmächte der Wahl eines Bundesfeldherrn — ein Opfer, das verhältnißmäßig bei jedem Kriege des Bundes mit einer Großmacht in Anspruch genommen werden wird. Sodann aber ist auch der Fall vorgesehen, welcher die Behaftung preußischerweise entspricht, daß es einer der deutschen Großmächte tatsächlich erscheinen könnte, im Kriegsfaile ihre gesammte Heeresmacht für sich selbst verfügbare zu erhalten und für den Vortheil des Bundeskriegsführung nicht unterstellen. In diesem Falle soll den übrigen Bundesarmee-corps von den dieselben stellenden Regierungen nach Wahrung der bündesgesetzlichen Vorschriften ein Oberbefehl bestellt werden. Auch hierin liegt offenbar wieder eine besondere Rückslagtheit gegen die Selbständigkeit der Großmachtstellung Österreichs wie Preußen. Preußen, welches den Eintritt dieses Falles, den man früher im Bunde nicht vorgesehen hatte, als leicht möglich darstellt, erhält nun die bündesgesetzliche Möglichkeit, seine Streitkräfte ganz ungetrennt unter besonderem Commando zu haben, ohne daß natürlich die allgemeine Sicherheit des Bunde und die Sicherheit in Bezug auf die Sicherheit der Sicherheit des Bunde und die Sicherheit, mit dem Bunde eindeutig kein Speziabkommen zu treffen, dadurch erschwert erscheint. Wird aber von dieser Möglichkeit lediglich einer der Großmächte Gebrauch gemacht, dann freilich liegt es auf der Hand, daß Deutschland, welches sich über Wahrung seiner Interessen bei einem innigen Einvernehmen beider Großmächte in der Kriegsführung wohl dringlich halten kann, — wenn ein solches Einvernehmen fehlt, eine vermehrte Sicherheit in Bezug darauf gewünscht werden muß, seine kriegerische Kraft unabhängigweise nicht im Dienste eines Particular-Interesses einer Großmacht vergeben zu sehen. Und aus diesem Grunde, welcher sowohl dem deutschen Interesse, als auch richtig verstanden, dem Interesse jeder eingehenden der deutschen Großmächte vollkommen entspricht, ist in dem Conventionsentwurf den deutschen Staaten die Mitwirkung bei Bestellung des Oberbefehls für den Fall, daß eine Großmacht ihre Heeresmacht von der Bundesarmee trennt, nach Wahrung der bisherigen Bestimmungen belassen. Endlich ist in dem Entwurf noch eine, die Schlagfertigkeit der von den Großmächten nicht gebildeten Bundesarmee-corps wesentlich fördernde Bestimmung getroffen worden, welche indeß mit dem Oberbefehl des gesammten Bundesheeres nichts zu thun hat. Es ist die, daß für das 7. bis 10. Armeecorps von den dieselben bildenden Staaten ein gemeinschaftlicher Oberbefehlshaber ernannt werden soll, der dem Bundesfeldherrn gegenüber die Stellung eines Corp-commandantens einnimmt, somit ihm unbedingt untergeordnet ist. Jenes gemeinschaftliche Oberbefehlshaber sollen die Mittel geben werden, die Sammlung und kriegsberbereite Auflistung des 7. bis 10. Armeecorps auf Schnellzüge zu bewerkstelligen. Auch für schnelle Transporte und prompte Verpflegung soll alle Sorge getragen werden. Hierin also liegt eine innere Verbesserung der Kriegsfähigkeit der einzelnen Corps. Es soll durch Vereinigung und Einandergreifen der beteiligten Staaten das erreicht werden, was die Großmächte in ihren einheitlich organisierten

Heeren bieten. Von Sonderung und Trennung ist keine Rede. Die Einordnung ins Ganze wird vielmehr dadurch erleichtert, die Unterteilung ausdrücklich gewahrt. — In einem Conventionsentwurf, der so in jedem Paragraphen die Absicht vertritt, den deutschen Großmächten eine ihrer Kraft entsprechende Stellung in jedem Bunde zu verschaffen und das gesammte Bundesarmee-corps praktisch für den höchsten Oberbefehl zu machen, kann der „nationalen“ Presse dazu dienen, die Mittelstaaten angulieren, daß sie jeder Verbesserung heilig seien! Dieser Entwurf, der eine in so hohem Maße entgegenkommende Verhandlungsbasis den Großmächten bietet, wird zum Anlaß von der bezeichneten Presse genommen, um Preußen aufzufordern, gar keine Verbesserung zu Stande kommen zu lassen und vielmehr bei passender Gelegenheit seinen deutschen Bundesgenossen mit Gewalt Vorschriften aufzuerlegen! Das Opfer völkerlicher Entzugsung in Bezug auf Mitwirkung bei der Einsetzung des höchsten Commandos der Mittelstaaten ist entgegengebracht worden. Ein so hohes Opfer konnte freilich nur der Gesamtheit gemacht werden, das lag in der heiligsten deutschen Pflicht begründet. Aber das ist es eben, was jener Presse so widerig ist, daß sie ein solches Opfer, welches sie doch unabkömmlig fordert, jetzt mit neuen Schwämmen vergiebt. Sie will keine deutsche Gesamtmacht; sie will kein Zusammengehen, keine Besiegung zwischen Preußen und Österreich, und ginge es nach ihrem Sinne, so müßte der erste europäische Krieg die deutschen Großmächte auf verschiedene Seiten finden. Wer aber anders denkt — und dies tut Gottlob mit Ausnahme einer verhältnißmäßig kleinen Partei, das ganze deutsche Volk — der wird die Überzeugung haben, daß ein großer Krieg nur dann glücklich von und für Deutschland behandeln werden kann, wenn beide deutschen Großmächte in demselben unter inniger Vereinigung und Besiegung einzutreten. Und genau diese Grundlagen nimmt der Würzburger Conventionsentwurf an. Man kann von dem deutschen Sinne unserer Großmächte sicher erwarten, daß sie diese Grundlage des Würzburger Conventionsentwurfs als eine willkommene Verhandlungsbasis betrachten werden. Alles etwas Fertiges und Abgeschlossenes bietet sich derselbe nicht. Es müßte vor Alem der Besiegung zwischen Österreich und Preußen überlassen werden, die Vorschriften des Conventionentwurfs zu prüfen und dieselben im gemeinschaftlichen Interesse zu ordnen. Doch dem letztern in dem Entwurf in hohem Maße Rechnung getragen und somit ein Weg eingeschlagen ist, der die meisten Chancen des Erfolgs bot, wird wohl in Wien wie in Berlin anerkannt werden müssen, und wir wenigstens haben, ganz im Gegensatz zu der Aufforderung der „nationalen“ Presse an Preußen, alle Vorschläge kurz abzuholen, die Hoffnung, daß die preußische Regierung mit Gewaltigkeit an Verhandlungen über Anträge einzutreten wird, welche lediglich einer Verabschaffung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den schwäbischen Armeecorps entgegenkommend Preußen und Österreich einzuladen, sich zu versöhnen! Hierin liegt doch sicher nichts, was einer gewissen Presse gewissen Anlaß geben könnte, die Mittelstaaten der „Großmachtseite“ zu zeigen. Und wenn man jede ordnungsmäßige Verhandlung ihrer eigenen Wünsche gewidmet sind. Die Zeiträume, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausspielen, daß diese Sache keinen schnellen Verlauf nimmt, z. B. die „Neue Preußische Zeitung“, mögen doch einen Weg angeben, dessen Betrieb seitens der Mittelstaaten praktischer genetzen wäre, als der ist, daß sie den